



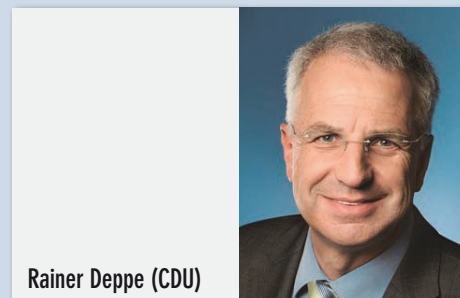
„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Norbert Meesters (SPD)



Rainer Deppe (CDU)

Um die deutschland- bzw. europaweit anvisierten Klimaschutzziele zu erreichen, ist es notwendig, dass im Energieland NRW ...

... die Politik ein klares, zukunftsfähiges und akzeptiertes Konzept entwickelt, das den Anforderungen des Landes entspricht. Denn in NRW werden etwa ein Drittel aller in Deutschland entstehenden Treibhausgase emittiert und rund 40 Prozent des Industriestroms verbraucht. Unter diesen Umständen werden wir darauf achten, dass mit der Umsetzung der Klimaschutzverpflichtungen Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

... kein Sonderweg beschritten wird. Treibhausgasemissionen und Klimaschutz machen nämlich nicht an der Landesgrenze halt. Die europaweite CO₂-Reduzierung erfolgt am effektivsten über das EU-Emissionszertifikathandelssystem. Alleingänge führen dazu, dass andernorts sogenannte Dreckschleudern länger in Betrieb bleiben. Das ist schlecht fürs Klima.

Mit Blick auf die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, werte ich das neue Gesetz als ...

... Chance für viele innovative Unternehmen. Die SPD ist sich sicher, dass Klimaschutz zum Fortschrittmotor werden kann für NRW. Denn NRW ist mit seiner Industriestruktur gut gerüstet, um die Chancen des Klimaschutzes nutzen zu können. Auch im ländlichen Raum gibt es eine Vielzahl von Initiativen, Klimaschutz und Energiewende aktiv voranzubringen. Mit entsprechender politischer Unterstützung und Initiative werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt.

... extrem nachteilig. Die räumlich abgrenzte Deckelung der CO₂-Emissionsmöglichkeiten, neue Rechts- und Planungsunsicherheiten sowie zusätzliche Bürokratie verunsichern die Wirtschaft. Die Verlagerung von Produktion weg aus NRW wird die Folge sein. Auch die Gewerkschaften haben vor Arbeitsplatzverlusten gewarnt.

Zur Frage, ob man bei der CO₂-Bilanz die Herstellung oder alternativ die Verwendung von Produkten heranziehen soll, meine ich ...

..., dass eine wissenschaftliche Methode zu entwickeln ist, mit der die CO₂-Emissionen zur Erreichung der globalen Klimaschutzziele hinsichtlich Herstellungs- bzw. Produktbilanz bewertet werden können. Im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzplans erarbeiten die Teilnehmer ein entsprechendes Konzept. Dies soll dann als Basis für die weiteren Schritte und Maßnahmen innerhalb des Klimaschutzplans herangezogen werden.

..., es kommt auf die Gesamtbilanz an. Wenn mit Leichtbaustahl aus NRW leichtere Autos gebaut, mit Leichtlaufreifen Sprit gespart, mit LED-Leuchten weniger Strom verbraucht wird, nützt das dem Klima, obwohl oder gerade weil bei uns vielleicht etwas mehr emittiert wird. Die CDU verlangt, dass die Klimabilanz für das gesamte Produkt einschließlich des Transports gezogen wird.

Nächste Schritte zum Klimaschutz wären aus meiner Sicht ...

..., den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen weiterhin intensiv zu führen, damit der anstehende Klimaschutzplan einen breiten Konsens findet. Klimaschutz sehen wir als eine Querschnittsaufgabe. Auf diese Weise lassen sich die sozialen, wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen sowohl des Klimaschutzes als auch der Vermeidungsmaßnahmen gemeinsam am besten bewältigen.

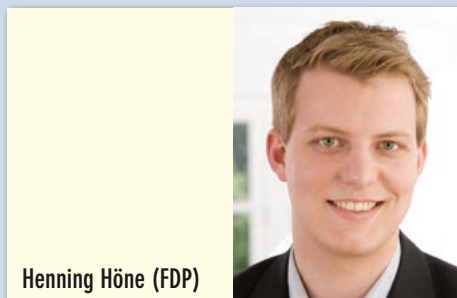
... eine Stärkung des EU-Emissionshandels. Das Klimaschutzgesetz verstärkt den Preisverfall der CO₂-Zertifikate. Nötig ist aber deren Verknappung und Verteuerung. Dann rechnen sich Klimaschutzinvestitionen. Unter Rot-Grün ist NRW bei der Energiewende zurückgefallen. Wir brauchen mehr Erneuerbare Energien, mehr Energiespeicher und einen schnelleren Netzausbau. Das wäre ein echter Beitrag zum Klimaschutz.



Diesmal zum Thema Klimaschutz.



... ambitionierter Klimaschutz betrieben wird. So ist NRW nicht nur Deutschlands Energieland Nummer Eins, sondern mit einem Anteil von einem Drittel der deutschen Emissionen auch der größte Treibhausgasemittent. Nur wenn es in Nordrhein-Westfalen gelingt, die Emissionen signifikant zu senken, wird es möglich sein, die bundesweiten Zielmarken der Regierung Merkel und damit auch der EU zu erreichen.



... Innovationen vorangetrieben werden. Wir benötigen größere Anstrengungen bei der Energieforschung für die erneuerbaren Energien und auch für konventionelle Kraftwerke sowie die Energieeffizienz. Was wir nicht brauchen, sind auf NRW begrenzte Klimaziele. Nicht die Bilanz eines einzelnen Bundeslandes ist entscheidend, sondern das Gesamtergebnis. Viele Köche verderben den Brei.



... das unzureichende Klimaschutzgesetz weiter aufgebohrt wird. Es müssen neben der öffentlichen Hand auch Wirtschaft, Verkehr und Private wesentlich größere Beiträge leisten. Die Energiewende muss regional, lokal und dezentral massiv gefördert werden. Die Zielvorgaben in NRW sind zaghaft und noch weit geringer als die ebenfalls unzureichenden Vorgaben der Bundesregierung.

... Chance für die Unternehmen in NRW, sich als Vorreiter im Klimaschutz für die Zukunft richtig aufzustellen. NRW hat nun gar die Chance, zum Maschinenraum der Energiewende zu werden. Klimaschutz ist Fortschritt, schafft Arbeitsplätze und stärkt schließlich die Wettbewerbsfähigkeit NRW. Dies wird auch diejenigen überzeugen, die das Klimaschutzgesetz fälschlicherweise für wirtschaftshinderlich halten.

... große Gefahr. Es benachteiligt die Wirtschaft in NRW im nationalen und internationalen Vergleich und führt zu Investitionsunsicherheiten. Mit dem Klimaschutzgesetz werden zudem Innovationen und Investitionen in neue Klimaschutztechniken erschwert. Dabei besteht hierin doch die Stärke des Industrielandes NRW. Die FDP befürchtet, dass Investoren in Zukunft einen großen Bogen um NRW machen.

... unzureichend. In die Verantwortung wird die Wirtschaft nicht genommen. Die Impulse für Forschung, Entwicklung, Vermarktung und neue Arbeitsplätze im Energiewendebereich sind ebenfalls zu gering. Schade, denn die Energiewende ist ein Strukturwandel, der bereits im Gang ist und wegen seiner Dezentralität große Chancen gerade für kleine und mittelständische Betriebe bietet.

..., dass es für eine Produktbilanzierung weder einen wissenschaftlichen Standard, noch eine gesicherte Datenbasis gibt. Aktuell ist eine Forderung danach somit ein fadenscheiniges Argument, das Klimaschutzgesetz abzulehnen.

..., es müssen unbedingt die Produkte herangezogen werden. Aluminium und Dämmstoffe brauchen bei der Herstellung viel Energie, helfen aber im Laufe des Produktlebens, ein Vielfaches der Energie einzusparen. Diese produktbezogene Bilanz leistet der Klimaschutzplan nicht und diskriminiert so unsere energieintensive Industrie. Klimaschonende Produkte sind eine Stärke der NRW-Industrie und sichern Arbeitsplätze.

..., dass man das eine tun kann, ohne das andere zu lassen. Die Herstellung ist immer relevant. Die Verwendung ist es dann, wenn beim Gebrauch ein klimarelevanter Ausstoß stattfindet. Wenn – wie etwa beim Auto – der Gebrauch von Produkten mehr Ausstoß verursacht als die Produktion, ist das auch entsprechend zu berücksichtigen, um eine echte Bilanz zu bekommen.

..., den Klimaschutzplan NRW fertig zu stellen und umzusetzen. Dieser „Routenplaner“ legt fest, wie die im Gesetz fixierten Ziele erreicht werden sollten. Unter anderem beinhaltet der Sektor spezifische Ziele und Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zur Energieeinsparung, zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

... eine Weiterentwicklung des Zertifikatehandels innerhalb der EU und eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll. Letzteres müsste insbesondere einen fairen Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern finden. Bei den Zertifikaten sollten weitere Branchen einbezogen werden, um mit marktwirtschaftlichen Instrumenten Anreize für CO₂-Einsparungen zu bieten.

... ganz akut: den geduldeten Betrieb von Datteln I bis III widerrufen, Datteln IV abreißen, Braunkohleverbrennung als klimaschädlichsten fossilen Energieträger beenden, Rodungen im Hambacher Forst und den Braunkohletagebau einstellen. Einen fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr sollten wir dagegen fördern. Er wird zu einer deutlichen Reduzierung von Abgasen beitragen.